

Wahrnehmung psychosozialer Risikofaktoren unter europäischen Akteuren

Stichwörter: Wahrnehmung von psychosozialen Risikofaktoren, europäische Akteure, arbeitsbedingter Stress

Einleitung

Unter psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz werden diejenigen Merkmale der Gestaltung und Organisation von Arbeit und Arbeitsprozessen (einschließlich der jeweiligen sozialen Kontexte) verstanden, die psychischen oder physischen Schaden verursachen können. Sie gehören heute zu den großen Herausforderungen für den Arbeitsschutz und stehen in Verbindung mit Problemen wie Stress, Gewalt, Mobbing und Belästigung am Arbeitsplatz.

Verschiedene internationale Organisationen haben in den letzten Jahren Initiativen ins Leben gerufen, um das Bewusstsein für psychosoziale Risiken, arbeitsbedingten Stress, Gewalt, Belästigung und Mobbing am Arbeitsplatz zu stärken. Das Europäische Parlament hat beispielsweise im Jahre 1999 die Europäische Kommission dazu angehalten, neue Problembereiche aufzugreifen, die in der Gesetzgebung nicht ausdrücklich berücksichtigt waren, z. B. Stress, Ermüdung oder Aggression.

In etwas jüngerer Vergangenheit betonte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf der Ministerkonferenz zu psychischer Gesundheit (2005) die Bedeutsamkeit von psychischer Gesundheit und Wohlbefinden sowie von Prävention, Behandlung und Rehabilitation bei psychischen Gesundheitsproblemen. Dabei wurde auch Bezug auf den Arbeitsplatz und die wichtige Rolle der Forschung genommen. Die Europäischen Sozialpartner sind mit dem Abschluss von zwei freiwilligen Vereinbarungen (über arbeitsbedingten Stress, 2004, und zu Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz, 2007) ebenfalls in diesem Handlungsfeld aktiv geworden.

Die Wahrnehmung von psychosozialen Risikofaktoren und von arbeitsbedingtem Stress in der EU

Bisher wurde erst wenig Forschung zur Wahrnehmung psychosozialer Risikofaktoren durchgeführt. Allerdings haben zwei Umfragen, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind, gezeigt, dass zwischen der Risikowahrnehmung von Akteuren und Beschäftigten Unterschiede bestehen. Das nationale italienische Arbeitsschutzinstitut (ISPESL) hat 2004 in 12 EU Kandidaten-Ländern die Wahrnehmung von arbeitsbedingtem Stress in drei Akteursgruppen untersucht: bei Arbeitgeberorganisationen, Gewerkschaften und staatlichen Institutionen. Die Ergebnisse zeigten ebenfalls Unterschiede zwischen diesen Gruppen in Bezug auf die Einschätzung der Bedeutung von arbeitsbedingtem Stress und psychosozialer Risiken. Daraus können wichtige Schlussfolgerungen für die Ableitung von Strategien und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen abgeleitet werden.

Die Ergebnisse dieser Umfrage stehen auch im Einklang mit den Resultaten der Erhebung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (2007). Nach dieser Umfrage gehört Stress am Arbeitsplatz zu den am häufigsten von Arbeitnehmern berichteten Ursachen für Erkrankungen im Zusammenhang mit der Arbeit. Insgesamt sind EU-weit über 40 Millionen Individuen betroffen. Die erwähnte Umfrage zu den Arbeitsbedingungen in Europa zeigte auch, dass innerhalb eines Jahres 6% der Beschäftigten physisch bedroht wurden, 4% der Gewaltausübung durch Dritte ausgesetzt waren und 5% am Arbeitsplatz von Mobbing betroffen waren und/oder dort belästigt wurden.

Zielstellung

Im Rahmen des PRIMA-EF Projektes wurde eine Umfrage unter Akteuren der EU27 durchgeführt, um die Sichtweisen der Akteursgruppen (Arbeitgeber, Gewerkschaften und staatliche Institutionen) in Bezug auf psychosoziale Risiken und arbeitsbedingten Stress zu erforschen. Die Umfrage enthielt auch Fragen zu der wahrgenommenen Wirksamkeit des europäischen Regelwerks in Bezug auf psychosozia-



les Risikomanagement und zur Rolle des Sozialen Dialogs in diesem Bereich. Der Fragebogen wurde den Teilnehmern über das Internet zur Verfügung gestellt. In der Stichprobe waren unter anderem Mitglieder des Verwaltungsrates der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und weitere europäische Arbeitsschutzakteure vertreten.

In diesem Faktenblatt werden die wichtigsten Ergebnisse der ISPESL-Umfrage dargestellt. Sie können von politischen Entscheidungsträgern, Sozialpartnern und Experten als Orientierungspunkt genutzt werden.

Ergebnisse der Experten-Befragung

In der Umfrage zeigte sich, dass die europäische Gesetzgebung zum Thema Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (Arbeitsschutz-Rahmenrichtlinie 89/391/EEC) in Bezug auf die Beurteilung und die Bekämpfung psychosozialer Risiken noch weitreichender und effektiver umgesetzt werden muss. Als wichtigste Umsetzungsbarrieren wurden folgende Punkte genannt: die geringe Priorität von psychosozialen Risiken, die Komplexität und uneinheitliche Wahrnehmung dieser Risiken, generelles Fehlen von Problembewusstsein und fehlende Einigkeit zwischen den Sozialpartnern.

Interessante Ergebnisse haben sich allerdings aus anderen Richtlinien ergeben, die einen Bezug zu psychosozialen Risiken haben. Dazu gehören z.B. die Richtlinien 90/270/EEC (Bildschirmrichtlinie), 92/85/EEC (Richtlinie zur Sicherheit und Gesundheit von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz), 93/104/EEC (Arbeitszeitrichtlinie) und 96/34/EEC (Richtlinie zum Elternurlaub). Es zeigte sich, dass diese Richtlinien auf nationaler Ebene deutlich wirksamer umgesetzt wurden, als dies bei der Arbeitsschutz-Rahmenrichtlinie der Fall war. Daraus lässt sich schließen, dass die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Rahmenrichtlinie zum Arbeitsschutz (89/391/EEC) in Bezug auf psychosoziale Risiken zum großen Teil darauf zurückzuführen sind, dass diese Risiken nicht explizit in der Richtlinie erwähnt werden und dass praktische Werkzeuge zur Umsetzung fehlen. Die oben erwähnten anderen Richtlinien können offenbar auf Grund ihrer spezifischeren Ausrichtung leichter umgesetzt werden.

Die Befragung zeigte weiterhin, dass die Akteure darin übereinstimmen, dass eine angemessene Risikobeurteilung die Grundlage für die Prävention von arbeitsbezogenem Stress ist und dass dafür unterschiedliche Datenquellen herangezogen werden sollten (z. B. von der Befragung von Beschäftigten bis hin zur Auswertung von Unternehmensstrategien und Arbeitsschutzsystemen). Sicherheits- und Gesundheitsexperten spielen in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle, und der Bedarf an speziellen Trainingsprogrammen für Absolventen und Fachleute in diesem Bereich ist daher besonders dringlich.

Insgesamt teilten nur 30% der Befragten die Auffassung, dass in ihren jeweiligen Ländern stressbezogene Probleme angemessen anerkannt werden (z. B. durch Regelungen zur Stressprävention am Arbeitsplatz). In den neuen EU-Ländern war die Zustimmung mit 13% im Vergleich zu 43% bei den EU15 Ländern deutlich geringer. Insgesamt gab es diesbezüglich auch Unterschiede in der Einschätzung der Akteursgruppen: während 50% der Arbeitgeber den Stellenwert stressbezogener Probleme in der nationalen Politik für angemessen hielten, teilten diese Einschätzung nur 37% der staatlichen Vertreter und 15% der Gewerkschaftsvertreter. Als Hauptgründe für die wahrgenommene Diskrepanz zwischen der Bedeutung stressbezogener Probleme und deren Berücksichtigung auf nationaler Ebene wurden folgende Punkte angegeben: genereller Mangel an Problembewusstsein, geringe Priorisierung des Themas, geringe Anzahl spezifischer Strategien und Regelungen und Fehlen angemessener Werkzeuge für die Beurteilung und die Bekämpfung von psychosozialen Risiken.

Akteure aller EU Staaten stimmten zu, dass arbeitsbezogener Stress, Mobbing, Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz bedeutsame Belastungen für Arbeitnehmer sind. Die Hauptgründe für arbeitsbezogenen Stress wurden folgendermaßen benannt: Defizite der Organisationskultur, starke Arbeitsbelastung, Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Privatleben, fehlende Unterstützung und schlechtes Arbeitsklima. Die Akteure stimmten auch darin überein, dass auf europäischer Ebene mehr Aufmerksamkeit auf Themen gelenkt werden sollte, die mit Veränderungen des Arbeitsmarktes zusammenhängen, wie z. B. Arbeitsplatzunsicherheit, Abwanderung von Arbeitskräften und ökonomische Folgen von arbeitsbedingtem Stress. Die gesamte Stichprobe war der Meinung, dass Stress zu Erkrankungen führen kann und ein Einflussfaktor für Fehlzeiten, Unfälle und chronische Erkrankungen ist, die wiederum negative Auswirkungen auf die Produktivität haben.

In Bezug auf die wahrgenommene Unterstützung für psychosoziales Risikomanagement in Form von Infrastrukturen, wie z. B. Arbeitsmedizinische Dienste auf nationaler und regionaler Ebene, äußerten die Befragten eine generelle Unzufriedenheit. Die Akteure bestätigten lediglich die Bedeutung von unabhängigen Experten und drückten Vertrauen in deren Unterstützung aus.

Mehr als die Hälfte der Befragungsteilnehmer war mit der Vereinbarung der Europäischen Sozialpartner zu arbeitsbedingtem Stress vertraut. Da es sich bei den Befragten um Arbeitsschutzexperten handelt, ist dies aber immer noch eine überraschend geringe Anzahl. Zusätzlich glaubten nur ein Drittel der Teilnehmer, dass die Vereinbarung eine Wirkung auf Aktivitäten zur Lösung stressbedingter Probleme am Arbeitsplatz hatte. Schließlich wurde die Bedeutung des Sozialen Dialogs im Bereich des psychosozialen Risikomanagements von den meisten Teilnehmern anerkannt, allerdings wurde die Umsetzung noch als unbefriedigend angesehen.

Die Befragung zeigte, dass zwischen den alten EU15 Staaten und den neuen Mitgliederstaaten beträchtliche Unterschiede in Bezug darauf bestehen, wie stark auf nationaler Ebene das Bewusstsein für psychosoziale Risiken und arbeitsbedingten Stress ausgeprägt ist und welche Bedeutung diesen Themen beigemessen wird. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass sich die alten EU Staaten im Vergleich zu den neuen Mitgliedsstaaten mit diesen Problemen schon sehr viel länger auseinandergesetzt haben und daher mehr Gelegenheit hatten, beispielsweise Programme zur Förderung von Problembewusstsein durchzuführen (insbesondere mit der Unterstützung europäischer Organisationen). Ein Beispiel dafür ist die Europäische Woche "working on stress" zur Prävention arbeitsbezogener psychosozialer Risiken, ausgerichtet von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (2002).

Ausblick

Training und Förderung von Problembewusstsein

Eine der Kernprioritäten, die in der Befragung festgestellt wurde, ist die Entwicklung eines Problembewusstseins für psychosoziale Risiken in allen Staaten der erweiterten EU und in den verschiedenen Akteursgruppen. Wichtig ist auch die Entwicklung und Förderung spezifischer Trainingsprogramme zu psychosozialen Risikomanagement für Akteure und Fachleute im Bereich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und für Mitarbeiter der Aufsichtsbehörden.

Entwicklung einer angemessenen Infrastruktur

Die Ergebnisse der Umfrage weisen darauf hin, dass es in vielen Ländern auf nationaler und regionaler Ebene an angemessenen Infrastrukturen zum psychosozialen Risikomanagement mangelt. Das trifft auch auf die Versorgung durch Arbeitsmedizinische Dienste zu. In Anbetracht der Verbreitung psychosozialer Risiken und ihrer Auswirkungen sollte psychosoziales Risikomanagement eine höhere Priorität in der nationalen und internationalen Arbeitsschutzpolitik bekommen und in seiner Bedeutung den beteiligten Akteuren stärker verdeutlicht werden. Zusätzlich sollten Werkzeuge und Leitlinien für gutes Risikomanagement entwickelt werden und ihre Anwendung EU-weit gefördert werden.

Einbeziehung der Sichtweisen verschiedener Akteursgruppen und Förderung von Sozialem Dialog

Sozialer Dialog ist eine wichtige Form der Kommunikation zwischen den Sozialpartnern (siehe Faktenblatt Nr. 4). Der Soziale Dialog braucht Unterstützung auf nationaler und europäischer Ebene, damit die Akteursgruppen sich in ihren unterschiedlichen Ansichten annähern können und Maßnahmen zur Beurteilung, zur Bekämpfung und zur Prävention psychosozialer Risiken gefördert werden.

Wissenschaftliche Forschung

Die Sichtweisen von verschiedenen Akteuren und deren Bedeutung für die Entwicklung von Strategien und Praktiken des psychosozialen Risikomanagements sollten weiter wissenschaftlich untersucht werden. Die Ergebnisse solcher Forschung können dazu genutzt werden, eine effektive Umsetzung von Wissen zu psychosozialen Risikomanagement in die Praxis zu fördern.

Weitere Informationen

www.prima-ef.org

LEKA, S., COX, T. (Eds.). The European Framework for Psychosocial Risk Management: PRIMA-EF. I-WHO Publications, Nottingham, 2008. ISBN 978-0-9554365-2-9.

LEKA, S., COX, T. (Eds.). PRIMA-EF. Guidance on the European Framework for Psychosocial Risk Management: WHO, Genf, 2008. Verfügbar unter: www.prima-ef.org

COX, T., GRIFFITHS, A., RIAL-GONZALEZ, E. Forschung zu arbeitsbezogenem Stress. Office for Official Publications of the European Communities, 2000. Verfügbar unter: <http://osha.europa.eu/en/publications/reports/203/view>

EUROPEAN FOUNDATION FOR THE IMPROVEMENT OF LIVING AND WORKING CONDITIONS. Fourth European Working Conditions Survey. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities, 2007. Verfügbar unter: <http://www.eurofound.europa.eu/publications/htmlfiles/ef0698.htm>

FRAMEWORK AGREEMENT ON HARASSMENT AND VIOLENCE AT WORK: http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/apr/harassment_violence_at_work_en.pdf

FRAMEWORK AGREEMENT ON WORK-RELATED STRESS: http://ec.europa.eu/employment_social/news/2004/oct/stress_agreement_en.pdf

IAVICOLI, S. ET AL. Fact-finding survey on the perception of work-related stress in EU candidate countries. In IAVICOLI, S., DEITINGER, P., GRANDI, C., LUPOLI, M., PERA, A., PETYX, M. (Eds.). Stress at work in Enlarging Europe. Rom: ISPESL – WHO Collaborating Centre, 81-97, 2004.

LEKA, S., COX, T. Work Organization & Stress. WHO, Genf, 2003. Verfügbar unter: www.who.int/occupational_health/publications/stress/en/index.html

Kontakt:

Dr. Sergio Iavicoli

Leiter der Abteilung Arbeitsmedizin, ISPESL
Via Fontana Candida, 1, 00040 Monteporzio Catone, Rom, Italien
Tel.: +39 069 4181407
Fax: +39 069 4181410
E-Mail: sergio.iavicoli@ispesl.it

Autoren: E. Natali, B. Rondinone, C. Petyx, S. Iavicoli